

aus freilich das Konzept verborben. Nach diesen Feststellungen wird die Welt in Zukunft solche beströmte Dokumente der Franzosen nicht mehr ernst nehmen. Von solchen Subjekten wie Anspach wendet man sich mit Ekel ab.

Nach einem anderen entliehen sich können wir in das beim Eisenerz-Vertrag geforderte Material werden. Dem gewissen Kaufmann betraute als Stellvertreter emmerbete Eisenerz wurde im Münchener Vertrag als Fälscher entlarvt. Was er die Fälschungen nicht aus unautentischen Materialien begangen haben, legt fest die Tatsache, daß er der Entente in dem Augenblick Material gegen uns lieferte, als sie dem Schandfrieden von Versailles die berechtigte moralische Grundlage durch Zulassung der Kriegsschuld geben wollte. Da kam ihr das Material Eiseners sehr zu Staunen. Man erinnert sich, wie die Entente-Preße von Jubel widerhallte, als die niedrigen Anfragen Eiseners bekannt wurden. All die schönen Beweise von der deutschen Schuld zerrinnen jetzt. Immerhin wird Frankreich um seine Krämpfe gebracht. Das ganze Völkergedächtnis von der deutschen Schuld ist in berieblichen Woge zumutungsdrohen, in der die angebliche Bedrohung Frankreichs durch die Entlassung Anspachs wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Etwas reichlich viel für die blindwütigen Franzosen in einer Woche. Wieder kommen diese Entlassungen viel zu spät. Welche Atmosphäre des Hasses sollen sie erhalten? Aber immerhin können wir Genugtuung empfinden, daß der ganze Schwindel aufgedeckt wurde. Das wird sicherlich zu einer Entgiftung führen und einen großen Quader aus dem schon schwandten Bau von Versailles lösen. Das Weitere muß abgewartet werden.

Der Reichstag hat nach mehrwöchiger Pause keine Verhandlungen wieder aufgenommen, nachdem einzelne Ausschüsse bereits seit zehn Tagen arbeiten. Trotzdem die beiden größten Eisenbahnen und Post behandelt wurden, war das Interesse an den Verhandlungen nicht besonders groß. So wichtig auch die dabei behandelten Fragen sind, jetzt bezieht sich das Reparationsproblem die innere und äußere Politik. Alles andere muß dabei naturgemäß zurücktreten. Daher kommt es auch, daß die Beratungen des Eisenbahnausschusses, von denen man starke Zusammenstöße erwartete, sich verhältnismäßig ruhig abwickelten. Die Neben der Kommunisten und Unabhängigen fanden bei den anderen Parteien kein Echo und so konnte Herr Groener mit dem Versailler zufrieden sein. Bezüglich der Nachregelungen der Eisenbahnen, die im Verhandlungen nicht besonders großes Aufsehen fanden. Anspachs hat der Oberhauptling keine Feinde erwartete Strafe erlitten. Wenn ihm noch etliche der gemäßigten Heber nachgeschickt werden, so dürfte der Gerodentigt Genüge gesehen sein. Bei den übrigen weniger Belasteten verläßt man glimpflicher.

In Sachen der Landtag mit einer Stimme Mehrheit die Auflösung abgelehnt. Die Regierung wuerfelt also weiter, obgleich ihr durch die Verlegung des Vertrauens jeder Boden entzogen wurde. Daß die Mehrheitssozialdemokratie diesen Verfassungsbruch mitmacht, bleibt sehr bedauerlich.

Durch die anhaltend ungünstige Witterung verbessern sich die Ernteausichten der Weizen nicht. Es ist immerhin zu erwarten, daß der Ernterückstand für die nächsten Monate im Vergleich mit dem Ende September vorhanden sind. Von den Ernterückständen wird es hart abhängen, welche Versorgungsmaßnahmen die Regierung treffen wird. Soviel scheint aber festzustehen, daß die Mangelswirtschaft nicht wiederkehrt. Jedenfalls wird in den nächsten Wochen die Frage der Brotversorgung die wichtigste innerspolitische sein, deren Lösung ohne große Reibungen nicht möglich ist.

Generalratswahlen in Frankreich.

Paris, 15. Mai. 7 1/2 Uhr vorm. Folgende amtliche Liste über 1124 bis jetzt bekanntgewordene Wähler zu 1492 Sitzen bei Generalratswahlen der Gewerkschaften, Konföderation und Action Libérale 13, Fortschrittliche Republikaner und Sozialrepublikaner 401, Radikale, sozialistische Radikale und sozialistische Republikaner 423, Sozialisten und geeinigte Sozialisten 48, Kommunisten 16, Stichwähler 128, ein kritisches Resultat. Die Gewinne und Verluste verteilen sich wie folgt: Konföderation und Action Libérale 6 gewonnen, 9 verloren, Fortschrittliche Republikaner und Linksozialisten 23 gewonnen, 22 verloren, Radikale, sozialistische Radikale und

sozialistische Republikaner 22 gewonnen, 20 verloren, Sozialisten und geeinigte Sozialisten 9 gewonnen, 4 verloren, Kommunisten 7 gewonnen, 1 verloren. Die Zurückgebliebenen der Schwarzmeerflotte Marty und Raquier wurden als kommunistische Kandidaten gewählt; Rabina, der dritte Vertreter, nach in Schweden. Polnara ist in seinem Kanton mit 1007 Stimmen für 1044 Wählern gewählt worden. Von bekannten Politikern sind ferner gewählt Jonnard, Castejano, Boncompagni, Klob, Paul Doumer, Fays, Meijmin, Landrag und der ehemalige Kolonialminister Henry Simons. Unterlegen sind der ehemalige Justizminister J. Spicteau und der ehemalige Präsident des Geschäftsgerichtlichen Landtages Dr. Riffkin.

Die Postpreiserhöhung.

Reichstag.

Berlin, 15. Mai.

Vorlesung der Ansprache über den Postetat. Abg. Zubeff (Ansb.) meint, mit der Speranzzeit bei der Post ist es nicht bestellt. Es wimmelt dort von höheren Aufstellungen, während Arbeitspersonal fehlt. Wenn nicht viele höhere Beamte durch mittlere ersetzt werden, wird es trotz aller Postpreiserhöhung kein Gleichgewicht erzielen lassen. Redner kritisiert die fortwährenden Entlassungen von Beamtinnen, die über alle Familien Sorge und Entbehrungen bringen und die allem Wohlstand nach zusehends sein. An die Stelle der Entlassenen ledigenhändig Mädchen eingestellt würden.

Abg. Morath (D. Wpt.) regt an, bei der Tarifregelung für Postete entsprechend den Wünschen der Handelstreibe die Staffeln von fünf Kilo auf 6, 7 und 8 Kilo voranzumachen, statt gleich auf 10 und 15 Kilo. Redner wendet sich gegen die Forderung des sozialdemokratischen Parteitagung, alle Beamten zu entlassen, die noch die alten Vorkurse mit dem Wort „Kaiserlich“ verwenden. Diese Leute zeigen jedenfalls mehr Charakterstärke als alle, die bis zum 9. November feingekürzt bis zum Knopfloch waren und sich jetzt plötzlich als Republikaner gerieren. Wenn nicht viele höhere Beamte durch mittlere ersetzt werden, kann der Postetat in wirtschaftlicher Arbeitszeit verlangen. Wenn für die Befreiung des achtstündigen Dienstes als voll gelte. Der Aufbesserung der Postkolonnen könne er zu nicht aber, daß Beamtinnen wegen unehelicher Mutterpflicht zu entlassen seien.

Reichsminister Giesberts:

Die sprunghafte Entwertung des Geldes macht die Gehältererhöhung unbedeutend. Die Postzölle soll im Oktoberzettel wie bisher 7 W. bleiben, im Fernverkehr 1,50 W. Briefe im Oktoberzettel 1 W. fast bisher 1,25, im Fernverkehr 3 W. 3/4 und 4 W. je nach Gewicht. Die Kosten für die Deutschen beginnen bei 50 W. Die Entnahmen haben sich schon im März nach anfänglichem Rückgang erheblich über den Voraussatz hinaus vermehrt. Bei der Aufstellung der Dienstpläne muß der Betrag darauf achten, daß die achtstündige Arbeitszeit auch wirklich reiflos ausreicht wird. Im übrigen wird das Hilfspersonal nicht einfach auf die Straße gehen, sondern erhält nach der Abkündigung noch einen Monatsgehalt. Die Wünsche der mittleren Beamten hinsichtlich der Beförderungsmöglichkeiten sind berechtigt und müssen möglichst erfüllt werden.

Nach die Frage der verheirateten Beamtinnen wird sich hoffentlich noch regen lassen. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Beschäftigung einer Hausmutter geradezu unmöglich ist. Die monatliche Regelung der Betriebsanstellungsgebühren erfordert erhebliche Mehrarbeit, da die Witten dreimal so oft festgestellt werden müssen. Für die Verleiher kommt die Gefahr hinzu, mit weit mehr Abstellungen und Unannehmlichkeiten des Bezuges rechnen zu müssen. Gleichwohl werden wir viele Frage im Auge behalten.

Mitgliedschaften

und Beamtenverpflichtungsgefühle treten wieder erhöht in Erscheinung. Die Fälle von Postdienstverweigerung sind gegenüber dem Vorjahr auf den achten Teil gesunken. Eine Denkschrift über den Postdienstverweigerung zum Reichstag vorzulegen werden. Die Fernsprecheinrichtungen werden dauernd verbessert, da sie trotz Funkentelegraphie und Luftverkehr die schnellste und zweifelsfreie Nachrichtenübermittlung bleiben. Giesberts schließt mit der Erwartung, daß der Verkehr bald wieder seine alte Höhe erreicht haben wird.

Was D. E. W. S. (Dew.) während der Erörterung im Bundtag über die langfristige Gehältererhöhung und gibt die Hauptgründe daran dem Umstand, daß während des Krieges

eine falsche Gehälterpolitik

getrieben wurde. Kienloeb müßte die Beträge sein, jedoch nicht mit Hilfe der Beschäftigten des Verkehrs. Kritik an der Verwaltungsweise wendet, die für die Zahl höherer Beamter, aber nicht für die Zahl der Beamten im Verwaltungsüberlauf. Aber es könnten natürlich nicht zehntausende von Beamten leicht einzug abgehoben werden. Man müßte sich auf eine Verteilung der Gehälter unter der Beamtenzahl nach hinten beschränken. Redner tritt namentlich für die Sekretäre ein und fordert, daß nicht männliche Kräfte zugunsten weiblicher entlassen werden.

Reichsstaatssekretär im Reichspostministerium Teufel: Von den Gesamteinnahmen werden nur 82 Prozent für Verwaltungskosten verwendet. Als eine größere Zahl höherer Beamter vorhanden ist, handelt es sich keineswegs um Aufstockung.

Abg. Heydemann (Kam.): Ueberall leben wir im Volkswesen nur auf die Spitze. Der Minister sollte sich klar und deutlich um 8-Stundenarbeit bekennen. Er sollte als alter Gewerkschafter Vertrauen zu den Unterbeamten und den Arbeitern, dem Proletariat, haben und sich nicht immer von den Bürokraten, der bis in die Knochen reaktionären Monarchisten bei seiner Personalpolitik einmischen lassen. Derartige Dinge sollte er dem General Groener überlassen. Beamten- und Arbeiterpolitik sollten sich gegen die heilige Eismasse erheben die Hand reichen. Schluß 8 Uhr. Weiterberatung morgen mittags 11 Uhr. Vorher Anfragen.

Die Kinderpeisungen.

Im Hauptausfluß des Reichstages gab der Reichsernährungsminister Gehl in der letzten Sektion dem Danke für die Dankbeschriftung Ausdruck. Um schlossen sich die Vertreter der verschiedenen Parteien an, auch die Unabhängigen. Die Sozialisten beantragten den Aufschub für die Spielungen auf 100 Millionen zu erhöhen. Die Regierung hat davon abgesehen, da der eingeleitete Betrag von 50 Millionen bis Ende September ausreichte und daß dann weitere Mittel durch einen Nachtragsetat gefordert werden sollten. Der Aufschub stellte sich auf den Entwurfplan der Regierung.

Ein Antrag des Demokraten Rahnke wurde beschlossen, den Betrag zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung von 2 auf 3 1/2 Millionen zu erhöhen. Bezüglich der Verbilligung der künstlichen Düngemittel erklärte die Regierung, daß sie sich nach dieser Richtung bemüht habe und weiter bemühen werde. Schließlich wurde noch der Etatsartikel von 853 Millionen zur Verbilligung von Lebensmitteln bewilligt und der Rest des Etats des Ernährungsministeriums ohne weitläufige Aussprache erledigt. Dann begann die Beratung des Etats des Reichstages, die am 11. fortgesetzt werden sollen.

Deutsches Reich.

Der Reichstag nahm am Montag den Entwurf eines Knappheitsgesetzes an.

Schließung industrieller Werke. Nachdem die Daimler-Gesellschaft ihren Betrieb stillgelegt hat, haben in Stuttgart die Fortuna-Werke geschlossen, die die Norma Cie., ferner die Württembergische Maschinenfabrik Werner und Pfelecker und die Maschinenfabrik Seiler & Co. geschlossen. Die Angelegenheiten wurden neuerlich bearbeitet. In Stuttgart ist die Lage ruhig. Beschäftigungen von dem im Streit liegenden Betrieben sind nicht mehr vorgekommen.

Die erangeltigen Streitigkeiten leiden schwer darunter, daß sie haben insbesondere alle Steuern zu tragen, da die Steuererhebung regelmäßig nur denjenigen Religionsgemeinschaften, die die Rechte von Körperschaften des öffentlichen Rechts haben, Steuerbefreiung gewährt, und können keine Kirchensteuer ausheben. Die demotralische Fraktion des preussischen Landtages hat in einer kleinen Anfrage angefragt, ob die Staatsregierung bereit ist, gemäß Art. 137 der Reichsverfassung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der solchen Religionsgemeinschaften, die die Voraussetzungen des Artikels 137 erfüllen, die Rechte der Körperschaften des öffentlichen Rechts einräumt.

von Frau Max Reger im Musiksaal der Universität Breslau ihre 1. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende gedachte der verstorbenen Mitglieder und stellte fest, daß der Mitgliederstand sich im Laufe des letzten Jahres beinahe verdreifacht und bald 600 erreicht habe. Der Geschäftsbericht wurde genehmigt, ebenso der Rechnungsbildung. Die Verammlung beschloß hierauf eine angenehme Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, da die seit 6 Jahren geltenden Beiträge in keinem Verhältnis zu der Geldwertminderung stehen, und erteilte nachdrücklich die Genehmigung zu der Verlegung der Geschäftsstelle nach Stuttgart, Silberburgstraße 189; sie beschloß ferner, für die Veranlassung des nächsten Regerversammlung im Frühjahr 1923 Wien in Aussicht zu nehmen und weitere Regerversammlung anlässlich des 50. Geburtstag Regers in Reichsdeutschland zu erwirken. Der Vorsitzende schloß die lebhafteste und ergebnisreiche Aussprache mit der freundlichen Feststellung, daß das Interesse für Reger immer mehr in die breitesten Kreise gedrungen sei und daß sein Werk begonnen habe, im wahrensten Sinn des Wortes vortätig zu werden.

Hauptversammlung des Völkervereins der Deutschen Buchhändler. Die unter Leitung des Hofrats Dr. Arthur Weimer am Sonntag im Buchhändlerhaus abgehaltene Hauptversammlung des Völkervereins der Deutschen Buchhändler am Freitag war aus allen Teilen des Reiches sehr gut besucht. Die Versammlungsarbeiten wurden durch den Vorsitzenden Dr. Fehler vom Reichsjustizministerium vertreten. U. a. wurde ein Erweiterungsbau des Deutschen Buchhändlerhauses beschlossen. Die Hauptberuflichen beschäftigten sich mit der notwendig gewordenen Satzungsänderung und vor allem mit der auch für den Buchhandel sehr ernst gewordenen Wirtschaftslage. In einer Entschließung wandte sich die Versammlung gegen die Ueberpannung der Gewerkschafter und besonders dagegen, daß deren Entschädigungen mit rückwärtiger Kraft vorgenommen werden. Auf der Verbindung mit der Hauptversammlung des Völkervereins abgehaltenen Hauptversammlung des Völkervereins der Kreis- und Ortsvereine wurde beschlossen, die Bezirksversammlungen des Völkervereins in diesem Jahre in Königsberg abzuhalten. Der Buchhandel wird durch seinen Interesse für die deutsche Wirtschaft und seinen Willen, der dort auf gefährlichem Felsen liegenden deutschen Bücher-Traue zu halten, ausdrücken.

Eine heitere Dokumentensammlung.

Nach dem glücklichen Verlauf der demokratischen Werbewoche hat sich ein erfrischer Parteifreund der Wägen unterzogen, bei den verschiedenen demokratischen Organisationen nach etwa eingelassenen Begrüßungstelegrammen zu forschen. Diese Nachforschung hat ein überraschend günstiges Ergebnis gehabt. Der Parteifreund erhielt Original-Telegramme der hervorragenden Persönlichkeiten. - a. B. folgte von Reichspräsident Ebert, Hugo Stinnes, Reichsanwalt Dr. Wirth, Reichsminister Giesberts, Reichsminister Bernies - und Abgeordneten, die freilich noch nicht nachgeschickt werden konnten, ungeachtet, die er unter Einfluß vorlegte, und von denen wir einige wenige hier wiedergeben:

Ich schmeiß, daß wir das Porto in die Höhe treiben: Was ich nun mal der Gefährten Jellen Kauf!
Ich halt' für Luxus längst das ganze Briefschreiben;
Wenn's Euch nicht paßt, so hört doch damit auf!
Reichsminister Giesberts, Berlin.

Schon aus Prinzip halt' ich sehr wenig
Von Freiheit und Demokratie;
Denn ich bin ungedrönter König
Von Deutschlands großer Industrie!
Doch wenn Ihr, was ich wünsche, tut,
Schick in die Hand mir alle Fäden
Und laßt mich die Fäden reifen!
Wiesleht ich ich dann mit mir reden! -
Hugo Stinnes, Wülheim (Ruhr).

Nachdem die Staatsmänner, wie es sich gehört, als erste zu Wort gekommen sind, soll unseren Lesern die Meinung der nicht minder einflussreichen Dame „Raluza“ ebenfalls nicht vorenthalten werden.
Ich bin zu schwach auf meiner Brust
Und brauch' eine männliche Stütze.
Mein erster Sohn, es war eine Lust,
Lug nur den Ballon, seine Wägen.

„Häcker!“ mit Hilfe Verhöhnung ins Ohr
Stimmen, ich uns doch sozialisieren, -
Wozumal ich sofort dreißig Pfund verlor,
Schau mir auch Wägen und Kiezer.

Mein Zweiter ein Schneid'ges Monocle trug
Und drehte den Schmirzbar nach oben;
Mit Granaten und Säbeln er um mich schlug,
Aus den Augen die Funken mit Stoben! -

Nun bleib ich bei Dir, lieber Demokrat,
Nichtleid' wirst Du noch mein Vetter;
Ich merk's, mit besonnt Dein vernünftiger Rat,
Und ich werd' schon ein klein wenig fetter.

Fräulein Raluza, Burgstraße, Berlin.

Auch das Ausland hat sich in großer Zahl zu Wort gemeldet. Es lagen Depeschen von der Lichtschertin, Lloyd George, Frank D. Vandenberg, dem Präsidenten der Republik China, Lenin, Trotski und Mr. Barthou. Wir geben von den ausländischen Glückwunschtelegrammen das einer Pariser Mademoiselle wieder:

Ich bin ganz sprachlos über schwarze Smad,
Die Schwarzbar dort sind eine nette Sad.
Sie handeln an mit Frauen von der Bode,
Die schwarze Smad ist gar nicht schön von Jode.
Wo bleibt da Frieden und das Völkergut?
- - - Gibt uns die Schwarzbar nach Paris zurück! - - -
Mademoiselle Jiffi, Paris.

Die Wissenschaft hat natürlich auch ihr Interesse an der Werbemodus durch Telegramme fundgegeben; als Hauptquantitäten kommen hier Einsteine und Steine in Betracht. Die Glückwunschartikeln der Lehren lautet:

Es reimt Verdingungstheorie
Sich auf das Wort Demokratief -
Doch ach, es muß' man's kein erfinden.
Weil er nicht auffam gegen Claqueen, -
Für solchen Fall in der Fraktion
Empfehl' ich meine Operation!

Professor Steinhilf, Wien.

Mitgliederversammlung der Max Reger-Gesellschaft in Breslau. Im Anschluß an das Fest hielt die Max Reger-Gesellschaft am 1. Mai unter Leitung ihres ersten Vorsitzenden Generalmusikdirektor Fritz Sulz und dem Ehrenvorsitz